Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL

Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung

documenta-Stadt

Kassel, 02.11.2006

Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung

Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
Antrag der Fraktion Grüne
- 101.16.263 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Friedrich

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Umgehend eine Beschwerdestelle für ihre Beschäftigten nach den Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einzurichten.

2. Die Führungskräfte in der Verwaltung über die Regelungen zum Schutz vor Benachteiligungen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu schulen und zu informieren.

3. Die Beschäftigten umfassend über die sie betreffenden Möglichkeiten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und die Einrichtung der Beschwerdestelle zu informieren.

4. Zusammen mit den Eigenbetrieben der Stadt und den stadtnahen Unternehmen gemeinsame Schulungen und Informationsveranstaltungen zur Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) - sowohl für dessen Auswirkung als Arbeitgeber als auch als Anbieter von Waren, Dienstleistungen und Wohnungen - durchzuführen.

5. Zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle 2007“ ein Konzept für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten (Veranstaltungen, Pressearbeit und anderes) zusammen mit den dafür bedeutenden Gremien und Stellen der Stadt (Ausländerbeirat, Behindertenbeirat, Gleichstellungsbüro etc.) zu entwickeln und umzusetzen. Dabei sind die Finanzierungsmöglichkeiten der nationalen Koordinierungsstelle zu berücksichtigen.

- **Geänderter Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Umgehend Beschwerdestellen für ihre Beschäftigten nach den Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) **zu benennen**.

2. Die Führungskräfte **und Beschäftigten** in der Verwaltung über die Regelungen zum Schutz vor Benachteiligungen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu informieren.

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem geänderten Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen.

Wolfram Kieselbach
Vorsitzender

Anja Koch
Schriftführerin